

Bezugsbedingungen und Einzelhefte... Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Dienstag

16. März 1926

Berlin und Umgebungsabteilung... Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH...

Montag bisher bester Tag!

Zum Reich weitere Zunahme. - In Berlin nur schwache Abnahme gegen den Rekordsonntag.

Die Flut der Eintragungen zum Volksbegehren schwillt und steigt in Berlin noch immer. Am Montag blieb das Tagesergebnis nur wenig hinter dem vom Sonntag zurück...

1 277 461,

so daß nun bereits die Fünfmilardemillion überschritten ist.

Wir geben hier die Eintragungsziffern aus den 20 Verwaltungsbezirken für Sonnabend, für Sonntag, für Montag und (in Klammern) die Summen aus den bisherigen zwölf Tagen:

Table with 4 columns: Bezirk, Sonnabend, Sonntag, Montag, and Summe. Lists 20 districts including Mitte, Tiergarten, Wedding, etc.

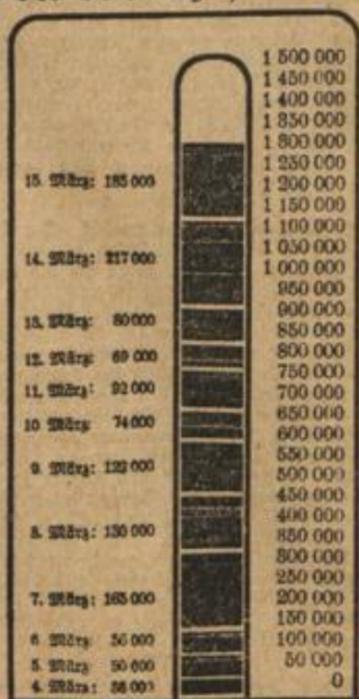
Östliche Berliner Vororte.

Resultate des Volksbegehrens in den östlichen Vororten bis Sonntagabend:

Table with 3 columns: Ort, Wahlberechtigte, and Einzelstimmungen. Lists places like Kalbberge, Rüdersdorf, etc.

In fast allen Orten sind die Stimmen der beiden Parteien bei den letzten Reichstagswahlen weit überschritten.

Stand des Volksbegehrens in Berlin.



Montag bisher Höhepunkt!

Breslau, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In Breslau hat der gestrige Montag die bisher höchste Einzeichnungsziffer zum Volksbegehren, die am Sonntag erreicht war, noch überschritten.

Essen, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Das Ergebnis der Eintragungen am Montag brachte in allen Bezirken wesentliche Steigerungen, zum Teil Verdoppelungen.

Brandenburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In Brandenburg sind bis Montagabend 17320 Unterschriften zum Volksbegehren vollzogen worden.

Mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten!

Chemnitz, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Chemnitz hat am gestrigen Tag 100000 Einzelzeichnungen überschritten. Das sind rund 50 Proz. der gesamten Wählerzahl.

Das Zentrum für das Volksbegehren.

Köln, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Montag hat in Köln einen bisher unbekanntem Ausdrang zu den Einzeichnungslokalen gebracht.

Endlich Einigkeit in Genf?

Neuwahl zweier Ratsmitglieder. - Brasilien und Spanien verstimmt.

V. Sch. Genf, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage kann bis auf einen Punkt, Brasilien, als geklärt, die Einigung als perfekt bezeichnet werden.

Die Schwierigkeiten innerhalb der Kleinen Entente können als endgültig beigelegt betrachtet werden. Die vielfach verbreiteten Gerüchte, wonach die Kleine Entente ihre Zustimmung zu dieser Lösung von einem Vorprechen Deutschlands abhängig gemacht hätte...

Dagegen soll der spanische Vertreter Quinones de León dem Reichskanzler das gleiche erklärt haben wie auch den übrigen Ratsmitgliedern, nämlich, daß infolge der Ablehnung eines ständigen Sitzes für sein Land Spanien sich dem Völkerbund bis auf weiteres fernhalten würde...

Das sind die wichtigsten Merkmale der endgültigen Lösung, die im wesentlichen darauf beruht, daß Schweden seinen Sitz für Holland und die Tschechoslowakei den ihren für Polen freigibt.

20 000 Wahlberechtigte eingetragen, so daß bisher über 100 000 Einzelzeichnungen aufgebracht wurden. Obwohl in Erwartung des Andrangs zu den Einzeichnungslokalen in den Abendstunden das Kölner Wahlamt die Zahl der Beamten in den Lokalen verdreifacht und vervierfacht hatte...

Auch die Resultate von Landbezirken bessern sich von Stunde zu Stunde. Prozentual am besten schneiden die rein katholischen Landorte ab. In der Bürgermeisterei Much im Siegbkreis, in der Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen bei der Reichspräsidentenwahl ganze 100 Stimmen aufbringen konnten...

Auf der Redaktion der 'Achtelstündigen Zeitung' erschien heute morgen eine Abordnung begeisterter junger katholischer Republikaner, die Abzeichen ihrer Überzeugung auf der Brust, um sich für die letzten zwei Tage zur Arbeit für das Volksbegehren zur Verfügung zu stellen.

Von der Wasserfronte.

Hamburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Groß-Hamburger Städtegebiet lagen bis Montagabend insgesamt 370 000 Unterschriften vor. Daran ist Hamburg mit 293 000, Altona mit 50 000 und Wandsbek mit 10 000 Unterschriften beteiligt.

Kiel, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In Kiel wurden zum Volksbegehren bis Montagabend 44413 Stimmen gezeichnet. Das sind 33 Proz. der Wahlberechtigten.

(Weitere Meldungen siehe auch zweite Seite.)

Schon machen sich die Merkmale einer allgemeinen Entspannung, namentlich zwischen den Locarno-Mächten, deutlich bemerkbar. Bis zum morgigen Tage, an dem der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund offiziell vollzogen wird, dürften die Spannungen der letzten Tage insbesondere zwischen der deutschen und der französischen Delegation größtenteils überwunden sein.

Der Aufnahmevorgang.

Genf, 16. März. (W.F.B.) Das vom Völkerbundssekretariat herausgegebene 'Journal' gibt bekannt, daß für Mittwoch vormittag 10 Uhr eine Vollziehung der Völkerbundsversammlung zur Entgegennahme des Berichtes der Aufnahmekommission über den Aufnahmeantrag Deutschlands angelegt ist.

Zu dem voraussichtlichen Verlauf der vom Amtsblatt des Völkerbundes angekündigten Sitzungen der Vollversammlung erfahren wir noch folgendes: In der ersten Sitzung wird der Beschluß des Aufnahmeantrages vorgelegt und von seinem Vorsitzenden Chamberlain begründet.

Dann wird die Vollversammlung unterbrochen und dem Rat Zeit zur Beschlußfassung über die Schaffung eines neuen ständigen Rates für Deutschland gegeben.

Dann werden Luther, Stresemann und v. Schubert in den Saal geleitet und den 'leeren Stuhl' einnehmen. Die erste Begrüßungsansprache wird der portugiesische Präsident da Costa halten und

dann Briand und Chamberlain die Aufnahme Deutschlands in den Völkerverbund feiern. Darauf wird Luther oder Stresemann, auf deutsch, den Willen Deutschlands zur europäischen Friedenspolitik und zur Beachtung der Völkerverbundpflichten bekunden. Nach ihnen werden noch Vertreter kleinerer Völkerverbündnisse das Wort ergreifen.

Am Nachmittag findet die erste Ratssitzung unter Teilnahme Deutschlands statt. Hier wird über die Neuernennung der saarländischen Regierung, über den Zusammentritt der Vorkonferenzen für Weltwirtschaftsfragen und für die Abrüstung verhandelt werden, dann werden die Tschchoslowakei und Schweden ihren sofortigen Austritt von dem Rat erklären. Dann wird die Völkerverbundversammlung am Nachmittag noch einmal zusammengetreten, um die Wahlen Polens und Hollands vorzunehmen, bei denen freilich Überraschungen nicht ausgeschlossen sind.

Der Druck auf Brasilien.

Genf, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In den späten Abendstunden des Montags erklärte der Staatssekretär des schweizerischen Außenministeriums vor Pressevertretern, daß die Streitfragen über die Ratssitze, soweit Polen in Betracht kommt, als gelöst zu betrachten sind. Schweden, dessen erster Delegierter, Genosse Lindén, am Montag abend aus Stockholm die Ermächtigung erhalten hat, seine Haltung nach eigenem Ermessen der neuen Lage anzupassen, und die Tschchoslowakei, deren Außenminister Beneš von Prag aus in gleichem Sinne ermächtigt wurde, werden gleichzeitig aus dem Rat ausscheiden. An ihre Stelle treten Polen und Holland, deren Sitze mit den anderen nichtständigen Mandaten im September zur Neuwahl stehen. Um sich über die Einzelheiten dieser Frage zu verständigen, suchte abends um 11 Uhr Staatssekretär Schubert in Abwesenheit des Reichstanzlers und Außenministers, die erst um 12 1/2 Uhr nachts von einer Autofahrt zurückkehrten, den französischen Delegierten Loucheur auf.

Die maßgeblichen Besprechungen am Dienstag werden in Anbetracht der Verhandlungen über die inneren Veränderungen im Rat ausschließlich den plötzlich wieder aufgetauchten brasilianischen Wünschen gelten. Briand hat dem brasilianischen Vertreter bereits am Montag auf die Wirkungen seiner Haltung aufmerksam gemacht, und Genosse Vanderelde machte Rello Franco die bittersten Vorwürfe. Vanderelde verwies u. a. auf die unverantwortlichen Konsequenzen der angedrohten Handlungsweise Rello Francos und

die politischen Folgen für Brasilien als Wirtschaftsgebiet und als Völkerverbundmitglied.

Die Einsicht blieb bei Rello Franco trotzdem vorläufig noch aus. Der Rat beschloß deshalb, von dem Vertreter Uruguays, Guani, in der heute vormittag 10 Uhr beginnenden Sitzung einen Bericht über den brasilianischen Antrag auf einen ständigen Sitz entgegenzunehmen. Briands Intervention und der Druck der anderen südamerikanischen Staaten gestatten die Hoffnung, daß der Vertreter Brasiliens seinen Plan aufgibt und sich unter der Zusicherung einer Regelung seines Anspruchs im September zufriedengibt. Im anderen Falle bliebe allerdings wahrscheinlich nichts anderes übrig, als die außerordentliche Tagung des Völkerverbundes trotz der glücklichen Bemühungen zur Beflegung der Streitfragen ergebnislos zu vertagen.

Als Briand am Montag im Kreise seiner Mitarbeiter gefragt wurde, ob er glaube, daß die Überwindung der letzten Schwierigkeiten möglich sei, erklärte er: „Als die Session begann, wurde auch die polnische Frage für unlösbar gehalten und nun hat sich doch eine Lösung gefunden. Das gleiche erhoffe ich in bezug auf Brasilien.“

Die Wahlen zur Bonner Studentenkammer ergaben wieder eine starke Mehrheit der republikanischen Gruppen. Von den 25 Kandidierten fielen den Republikanern 17 zu, während die rechtsstehenden Korporationen sich mit acht Sitzen begnügen mußten. Es ist besonders erfreulich, daß die Bonner Studentenschaft trotz der nach Abzug der Beziehung mit Hochdruck betriebenen rechtsradikalen Agitation ihrer staatspolitischen Tradition treu geblieben ist.

Reformtag im Reich!

Die Einzelzeichnungen im Reich haben am Montag fast überall die Ergebnisse vom Sonntag noch weit übertroffen. In vielen Städten war es angehts der wenigen Eintragsstellen vielen nicht möglich, sich in die Listen einzutragen. In einigen Städten mußten die Eintragsfristen verlängert werden, in anderen wurden die zu den Eintragsstellen drängenden Massen auf heute und morgen verwiesen. Es ist zu erwarten, daß bis zum letzten Tage und zur letzten Stunde die Einzelzeichnungsbewegung in voller Stärke anhält. Ein großer Erfolg!

Nun heißt es, bis zur letzten Stunde mit der Werbung für das Volksbegehren nicht nachzulassen.

Arbeiter und Fürsten.

Ein Durchschnittslohn eines Arbeiters beträgt pro Woche jetzt 30 Mark; d. h. im Jahre 1560 Mark, nach Abzug der Steuer rund 1400 Mark.

Die Fürsten beanspruchen 3 Milliarden Reichsmark. Was heißt das?

Das heißt, daß ein Arbeiter 2 143 000 Jahre dafür arbeiten müßte oder

daß über 2 Millionen Arbeiter ein ganzes Jahr für die Fürsten schufteln müssen!

Es sind 642 900 000 Arbeitstage oder 5 143 200 000 Arbeitsstunden!

Gibt auf diese unerschämten Ansprüche die richtige Antwort!

Auf für das Volksbegehren!

Magdeburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Bis Montag abend haben sich in der Stadt Magdeburg 72 936 Personen eingetragen. Der Andrang war teilweise so stark, daß die Leute nicht abgefertigt werden konnten.

Braunschweig, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In der Stadt Braunschweig sind jetzt 36 000 Unterschriften zum Volksbegehren erfolgt. Damit ist die Zahl der bei der letzten Reichspräsidentenwahl für Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam abgegebenen Stimmen weit überschritten.

Hannover, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) In Stadt Hannover wurden bis Montag abend 119 939 Eintragungen vollzogen, das sind mehr als 40 Proz. der Wahlberechtigten.

Halle a. d. S., 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Zahl der Einzelnennungen hat sich bis gestern, Montag abend, auf 41 000 erhöht. Damit haben sich bis gestern abend 31 Proz. aller Wahlberechtigten eingetragen.

Königsberg i. Pr., 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Auch am Montag haben die Eintragungen in Königsberg stark zugenommen. Königsberg hat bis Montag abend 40 200 Eintragungen zu verzeichnen, das sind 20 Proz. der Wahlberechtigten. In Anstettin sind bis Montag 20,5 Proz., in Guttstadt 35 Proz., Worbis 15 Proz., Bartenstein 15 Proz., Angerburg 20,5 Proz. der Stimmberechtigten eingetragen. In einzelnen Landorten im Kreise Angerburg haben sich 40 bis 50 Prozent der Wahlberechtigten eingetragen.

Insterburg, 16. März. (Eigener Drahtbericht.) Im Stadtkreis Insterburg wurden bis Montag abend 6 Uhr 4708 Einzelnennungen vollzogen, das sind 25,8 Proz. der Wahlberechtigten.

Die betrogenen Sparer für das Volksbegehren.

Die Kultur- und Rechtsstaatspartei, Landesverband Halle (ehemalige Aufwertungspartei), erläßt einen Aufruf, in dem Sparer und Rentner zur Einzelnennung für das Volksbegehren auffordert. Es gelte, den Grundgedanken „Gleiches Recht für alle“ durchzusetzen. Niemand dürfe wagen, von Diebstahl oder gar von Raub zu sprechen, wenn das Volk begehrt, was ihm gehört!

Die Ultralinken in der KPD.

Rah und Korisch.

Ueber die ultralinken Strömungen in der KPD. führte Sinowjew in der Tagung des Moskauer erweiterten „Ekti“ u. a. aus:

„Es gibt drei ultralinke Strömungen in Deutschland. Wir wollen abwarten, wir wollen sehen, wie dieselben mit der Zentrale zusammenarbeiten, wie sie der Zentrale helfen, wie sie die Aufrichtigkeit ihrer Erklärungen durch Taten beweisen. Scholem nahm es übel, daß wir die Intellektuellengruppe der Ultralinken als mildgemordene Kleinbürger charakterisierten. Ist Rah kein mildgemordener Kleinbürger? Rah war eine Kleinbürgerliche Seifenblase, und es blieb ein über Geruch zurück, als die Seifenblase platzte. Anscheinend will Korisch daselbe tun, was Rah getan hat. Wir erklären, daß die Arbeiter, die Korisch folgen werden, für die proletarische Revolution verloren sind, und wir warnen sie, damit sie aus dem Lager der Revolution nicht in das Lager der Konterrevolution übergehen.“

Ferner teilte Bucharin mit, daß sich die Gruppe Scholem-Rosenberg-Konrad gespalten habe, wobei nur Scholem „ultralink“ blieb, und daß sich Urbahns der Ruffischer-Maslow-Gruppe angeschlossen habe. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in der die Exekutive aufgefordert wird, die innerparteiliche Demokratie zu verwirklichen.

Der Reichstagsabgeordnete Rah bezeichnet in einer Zuschrift an uns die Behauptung, er habe sich um Anstellung beim Magistrat in Hannover beworben und die Niederlegung seines Mandats in Aussicht gestellt, als falsch. Er führe seit November 1920 gegen den Magistrat Hannover Klage auf Wiedereinstellung. Selbstverständlich sei in Verhandlungen über die arbeitstechnische Seite einer Wiedereinstellung auch die Eventualität der Niederlegung des Reichstagsmandats besprochen, niemals aber von ihm angeboten worden.

Wie uns aus Hannover mitgeteilt wird, verlor der Oberbürgermeister in der Magistratsitzung einen Brief von Rah aus den letzten Tagen, in dem er sich nach detaillierten Vorschlägen für seine Wiedereinstellung bereit erklärt, für den Fall der Wiedereinstellung sein Reichstagsmandat niederzulegen.

Das Armenatzt des Großagrarsiers.

Er besitzt 5700 Morgen!

Der Besitzer eines etwa 5700 Morgen großen Gutes, von der Osten-Fahled im Kreis Schlawa, klagte gegen seinen Pächter auf Aufhebung des Pachtertrages und beantragte, wie in einer kleinen Anfrage der kommunistischen Landtagsfraktion ausgeführt wurde, beim Amtsvorsteher Ausstellung eines Armenatztbes. Als der Amtsvorsteher sich weigerte, diesem Antrag stattzugeben, veranlaßte ihn der Landrat, das Armenatzt auszustellen.

Wie der preussische Minister des Innern, dem „Amtlichen Preussischen Pressedienst“ zufolge, in seiner Antwort ausführte, wies der damalige Landrat des Kreises von Haber tatsächlich den Amtsvorsteher zur Ausstellung eines Armenatztbes an, und zwar weil sich der Gutsbesitzer von der Osten-Fahled im Augenblick der Klageerhebung außerhalb befand, die Gerichtskosten für den Prozeß, falls diese 5000 Mark übersteigen würden, sofort zu zahlen. Der Landrat ist bereits im Dezember 1924 von seinem Posten abberufen worden.

Internationaler Verband der demokratischen Parteien. In Paris fand eine Sitzung der Vorstandsmitglieder des „Internationalen Verbandes der demokratischen Parteien“ statt. Vertreten waren sieben Staaten: Deutschland, Frankreich, Dänemark, Belgien, Holland, Griechenland und Polen. Von deutscher Seite waren die Abgeordneten Haas und Heile anwesend. In der Sitzung wurde beschlossen, die nächste Vollversammlung im September in Genf abzuhalten.

200 Millionen Reichsmark für Kleinwohnungen. In einer der letzten Kabinettsitzungen der Reichsregierung wurde einem Gesetzentwurf über die Förderung des Baus von Kleinwohnungen zugestimmt. Die Regierung wird zum Bau von Kleinwohnungen 200 Millionen als Zwischenkredit zur Verfügung stellen.

Walzertraum und Fürstenabfindung.

Ein beliebter Film und seine Deutung.

Als das „Ende“ auf der weißen Wand verblischen war und ich das vollgepfropfte Kino verlassen wollte, hielt mich meine Nachbarin, ich weiß nicht, wer sie war, am Mantel und sagte, es täme noch was. Keulich, als sich Frau Tschaponski aus der zweiten Etage im Seitensüß das Stück angesehen hätte, sei zuletzt ein Mann aufgetreten, der habe gesagt, das wäre eine Schmach mit der Franz, die einfach so gehen zu lassen; das wäre aber so richtig der Dank vom Hause Habsburg. Und da seien der Frau Tschaponski die Tränen gekommen.

Die Lampen brannten wieder, eine Anzahl Frauen umstanden unseren Platz und hörten ernsthaft zu. Ich aber sagte, ich wüßte nichts von dem Mann, müsse übrigens jetzt sofort gehen, wobei ich viel sagend und verbindlich lächelte und tausendfroh war, als ich die fassende Mlle nicht mehr hörte.

Huh, war das naßhaft auf der Straße und schmierig und finster. ... Und Franz aus dem Walzertraum hatte nur ein Spigenstück um, als sie das Schloß verließ. Das arme Haisch! Was sie wohl überhaupt in dieser Nacht noch mag ausgestanden haben. Mit ihrem Schmerz mütterseelenallein in der gruseligsten Nacht, während sie oben im Schlaf die rote Ampel zum Hochzeitsglück der beiden leuchtend sah. Ihre Kapelle mag sehnsüchtig auf sie gewartet haben. Von den Fürstlichkeiten aber hat sie niemand vermisst. Und doch hatte nur sie, das arme Kind aus dem Volke, in das herzogliche Schloß das Glück gebracht. Und mit welchen Opfern! Alles hat sie hingegeben: ihr Kleid, ihre Strümpfe, ihre Höschen und ihr Hemd. Und hat zuletzt noch der Prinzessin ihre Liebe geopfert und den geliebten Mann. Nun aber, wo durch ihre Aufopferung der Prinzgemahl in den Armen seiner Frau ruht, kann sie gehen. Le roi s'amuse: der Haisch hat seine Schuldigkeit getan. Franz und der Herzog von Habsburg — das Volk und die Fürsten. Wie komme ich mit einemmal auf diesen Vergleich? — Aber richtig ist er, bestimmt. Und der Mann, von dem Frau Tschaponski erzählt hat, hat recht. Zum Donner, es ist ein Standal!

Als ich heimkam, schrieb ich einen besorgten Brief an Franz, vielleicht habe ich's auch nur geträumt, und prompt, wie nicht anders von diesem Prachtmädel zu erwarten, kam die Antwort: Nein, nur eine hübsche Karte von der Hochzeiteresse hatte sie noch erhalten, und der Hofmarschall hätte ihr sagen lassen, wenn es wieder mal in der Ehe haperte, müsse sie helfen, wofür sie sich aber schön bedanke. Aber böse sei sie über die ganze Sache doch nicht, denn was wäre schließlich aus ihr geworden, wenn die Sache anders rum gegangen wäre? Eine Rätselfel! Und dann hätte sie jetzt auch die Scherzreise mit der Abfindungssumme, und außerdem die Schande, mit jenen Frauenpersonen in einem Atem genannt zu werden. Ich möchte sie aber jetzt entschuldigen, sie müsse heut abend

wieder in Bieschdes Bierlokal spielen und wolle sich doch vorher noch in die Liste für das Volksbegehren eintragen. Unbedingt, denn morgen sei der letzte Tag! D. A. Hinterleuchter.

„Künstler daheim.“

Aus Künstlerkreisen wird uns geschrieben: In der sogenannten guten Gesellschaft scheint noch immer die Ansicht vorzuherrschen, daß ein Künstler ein besserer Tagestier sei. Wenigstens wollen bürgerliche Zeitungen ihren gläubigen Lesern die, einen ehrbaren und ungeschlagener Arbeiterstand zutiefst kränkende Meinung immer wieder otronieren. Zu welchen Zwecken — das ist nicht leicht ersichtlich. Traurig genug, daß sich Künstler dazu hergeben, ihr Bild, die dem letzten Bürger von dem „heiteren Kunstvölkchen“ etwas erzählen sollen, Modell zu sitzen. Die seelische und materielle Not der meisten Künstler ist so fürchterlich, so himmelschreiend, ihr Leben, das aus Optimismus aufgebaut ist, wie das keines anderen Berufes, so grauenvoll hoffnungslos, daß die Art einfach als unwürdig zu bezeichnen ist, in der sich z. B. die sogenannten „Brominenten“ von Film und Bühne dem Photographen des „Weltspiegel“ für die Ausgabe vom 14. d. M. gestellt haben. Ganz abgesehen von den Damen — deren eine anscheinend nie etwas anderes zu tun hat, als (ausgerechnet) auf einem kostbaren antiken Tisch neben einer ebenso kostbaren Uhr zu sitzen, während die andere ihre Tage auf dem Sofa in leichtester „Kleidung“ verbringt — haben auch die Herren, denen man eine andere Lebensauffassung wohl zutrauen könnte, nichts Besseres zu tun gewußt, als sich zum Hanswurst ihrer selbst zu machen, indem sie sich dem Kameramann zu albernem Posen darboten. Der große Schauspieler Werner Krauß verstimmt es nicht, zwei Stoffaffen ans Herz zu drücken, Alfred Abel läßt sich mit seiner Tochter in einer geradezu geschmacklosen Weise knipsen. Wenn Künstler sich selbst so lächerlich machen, kann man da es dem „Weltspiegel“ übernehmen, daß er noch auf seine Weise dazu ein Liedriges tut? Er schreibt unter ein Bild: „Conrad Weidt liest seiner Frau aus der Bibel (?) vor.“ Dieses wüßig sein sollende Fragezeichen spricht Bände. Warum soll ein Künstler nicht die Bibel lesen? Heißt „Künstler sein“ nicht an der Lösung der Lebensrätsel mitarbeiten?

Ist denn, zum Teufel, der Beruf eines Künstlers wirklich auf Höferei und Oberflächlichkeit gegründet? Soll wirklich die Welt noch immer nicht wissen, daß der Weg des Künstlers ein Dornenweg ist, voll von unergleichlicher seelischer und geistiger Befastung? Freilich, so lange Künstler noch so wenig Charakter haben, daß sie sich beract vor der Welt selbst herabwürdigen, kann man von der Welt nicht verlangen, daß sie den Künstlern ihre Armut und ihre Not glaubt. Wenn die Welt wissen wollte, wie's bei den „Künstlern daheim“ wirklich aussieht, dann könnte man ihr Bilder zeigen, die ihr das Herz stoden lassen würden.

Weiße Gott, das „muntere Künstlervölkchen“ von heute sieht anders aus, als es die Konterteile der verunglückten Brominenten im „Weltspiegel“ glauben lassen!

Josef Gels als Don Pasquale. Lotte Schöne hat längst gezeitigt, daß sie eine würdige Vertreterin der Korina-Rolle ist; auch

gestern bewies sie wieder, daß man sie hierin durchaus der Joogin an die Seite stellen darf. Diese zwitternde junge Witwe wurde nun diesmal in der Städtischen Oper dem Don Pasquale alias Josef Gels zum Schein anvermahlt, der so etwas wie ein alter, galanter, aber völlig verbrauchter Staatsmann zu sein schien, der eine Ehe wirklich nur darum noch eingehen will, um seinen widerpenigen Refsen zu ärgern. Und wenn ihm der intrigante Doktor Malatesta nicht auf die schöne und fittsame Braut den Mund gar zu wüßrig machen würde, so wäre sein Verlangen nach Eheglück wohl trotz allem nicht gar zu groß. Selbst seine Verliebtheit, als er dann Korina gegenübersteht, scheint kaum mehr als eine augenblickliche, vor ihrer über Erwarten anmutigen Erscheinung ausgelieferte Aufwallung; denn auch des zärtlichsten Lächelns würde dieser Don Pasquale wohl bald überdrüssig werden und sich nach der Ruhe und Besaglichkeit seines Junggelehrtenheims zurückziehen. So läßt die Schlußszene mit seinen Beteuerungen „Ich lasse mich scheiden!“, die doch noch immer wieder mit Järzlichkeitsausbrüchen abwechseln, nicht die Kühlung aus, die man sonst mit dem armen, betrogenen Don Pasquale bisweilen doch empfindet, sondern nur fröhliche Heiterkeit der Hörer, die in diesem hoheren, weltfremd gewordenen Geizhals einen neuen Don Pasquale-App gern begrüßten, zumal Gels auch stimmlich seine Rolle durchaus zu vertreten wußte. Den Refsen Ernesto gab Bernhard Bötzel mit seinem frischen, wenn auch nicht immer völlig ausgeglichener Tenor glaubhaft als den vertriebenen, guten Jungen. Wilhelm Gutmann als Doktor und Emil Ritsch als Rotar waren die bekanntesten Vertreter dieser Rollen. Der Abend, unter Bruno Walters musikalischer Leitung, brachte vielen Beifall.

Der absolute Nullpunkt beinahe erreicht. Der Tod des großen holländischen Physikers Kamerling Ohnes, Professors an der Universität Leyden, lenkt die Aufmerksamkeit auf die von ihm bis jetzt an die Grenze des menschenmöglichen geforderten Bestrebungen, in physikalischen Laboratorium die Temperatur des Weltalls, d. h. den absoluten Nullpunkt von minus 273 Grad Celsius zu erreichen. Noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit galt der absolute Nullpunkt für unerreichbar. Durch Verflüssigung des Heliums erreichte Kamerling Ohnes minus 268 Grad. Im weiteren Verlauf seiner Versuche gelangte er mittels der Methode, das flüssige Helium in ein Vakuum zu bringen, zu der phantastischen Temperatur von minus 272 Grad, womit also nur noch ein Grad an der denkbar tiefsten Temperatur fehlte. Diese Versuche sind darum so außerordentlich wichtig, weil sich bei diesen tiefen Temperaturen die Eigenschaften der festen Körper grundlegend verändern. So erreichen die Metalle bei fortschreitender Erkaltung eine immer höhere elektrische Leitfähigkeit, ihr elektrischer Widerstand verringert sich fortgesetzt, um schließlich völlig zu verschwinden, so daß selbst der Durchgang sehr hochgespannter Ströme sie nicht mehr erhitzt. Uebrigens erhielt Kamerling Ohnes für seine Versuche in dieser Richtung seinerzeit den physikalischen Nobelpreis.

Spielplanänderung. Anfolge eines plötzlichen Krankheitsalles findet die Premiere von Paul Rasmussen „Das Grabmal des unbekanntem Soldaten“ im Kleinen Theater am Freitag um 7 1/2 Uhr statt. Die geliebten Karten behalten ihre Gültigkeit.

Der Achtstundentag in Deutschland.

Was Dr. Brauns in London berichtete.

Auf der Londoner Konferenz der Arbeitsminister gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eine Darstellung über den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Stand der Achtstundentag-Bewegung in Deutschland, wobei er sich auf eine neue amtliche Statistik der Reichsarbeitsverwaltung über die Arbeitszeit in den Tarifverträgen stützte. Bereits im Jahre 1922 habe die deutsche Regierung den gesetzgebenden Körperschaften einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens unterbreitet, der jedoch durch die Inflation gegenstandslos wurde. Deshalb sei die noch geltende Verordnung über die Arbeitszeit im Dezember 1923 erlassen worden, in der die deutsche Regierung nur eine Notgesetzgebung erblide, die sie sobald wie möglich wieder abzuschaffen beabsichtigt. Im Auslande herrschten falsche Vorstellungen über die in Deutschland tatsächlich übliche Arbeitszeit. Nach der

Statistik der Reichsarbeitsverwaltung

über sämtliche kollektive Arbeitsverträge ergebe sich ein getreues Bild über die normale Arbeitszeit im Januar 1925, ein Bild, das seitdem nicht schlechter, sondern günstiger geworden sei.

Die inzwischen neu abgeschlossenen Tarife bringen auf keinen Fall eine Verlängerung der Arbeitszeit, wohl aber in vielen Fällen eine Verkürzung. Der Statistik unterliegen 7099 Tarifverträge, von denen 785 945 Betriebe mit rund 11,9 Millionen Arbeitnehmern erfasst werden. 6506 von diesen Tarifverträgen, die rund 10,9 Millionen Arbeiter, also über 90 Prozent der Verträge, enthalten Angaben über die Arbeitszeit. Das Ergebnis ist folgendes: Von den durch die Statistik über die Arbeitszeit erfassten rund 10,9 Millionen Arbeitnehmern hatten

1 295 037 eine regelmäßige Arbeitszeit von weniger als 48 Stunden

pro Woche. Die regelmäßige Wochenarbeitszeit von

48 Stunden hatten 8 432 421 Arbeitnehmer.

Eine Arbeitszeit

von mehr als 48 Stunden hatten nur 1 190 635 Arbeiter,

also nur ein Zehntel der von der Statistik erfassten Arbeitnehmern. In diesem Zehntel haben den größten Anteil die landwirtschaftlichen Betriebe. Erst in weitem Abstand dahinter kommt die Metallindustrie. Die Tarifverträge lassen naturgemäß Überstunden zu, die ja auch nach dem Washingtoner Abkommen grundsätzlich gestattet sind. Aus diesem Bild ergibt sich, dass die

Rückkehr zu einem Normalarbeitszeit von 8 Stunden für Deutschland

keineswegs eine Unmöglichkeit darstellt. Infolgedessen ist die deutsche Regierung, insbesondere seit der Besprechung mit vier der auch hier vertretenen Staaten in Bern unausgesetzt an der Arbeit gewesen, um ein neues Arbeitszeitgesetz

zu entwerfen, das wieder zu dem Normalarbeitszeit von 8 Stunden zurückführt. Da für das Washingtoner Abkommen die franzö-

sische Gesetzgebung, wie in Bern hervorgehoben worden war, das Vorbild abgegeben hat, haben wir in Deutschland zunächst den Versuch gemacht, ebenfalls nach diesem Vorbild unsere Gesetzgebung aufzubauen. Das aber hat sich für die deutschen Verhältnisse als unmöglich erwiesen. Wir können nicht zahlreiche Einzelverordnungen erlassen, sondern sind genötigt, den Gesamtkomplex der Fragen in einem einheitlichen Gesetz zu regeln. Bei der Ausarbeitung dieser neuen Vorlage ergab sich weiterhin, dass auch die Besonderheiten der Arbeitszeit, die in der deutschen Gewerbeordnung für Jugendliche, Frauen, Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten waren, mit berücksichtigt werden mussten. So ist unsere neue Vorlage zu einem Arbeiterschutzgesetz im weitesten Umfang geworden. Der Kern dieses Gesetzes ist allerdings die Bestimmung über die Arbeitszeit. Der Gesetzentwurf wird noch im Sommer dem Reichskabinett zugehen; er ist so gestaltet, dass auf seiner Grundlage die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens durch Deutschland erfolgen kann. Wir wollen jedoch auch dann das Gesetz ergehen lassen, wenn wir nicht wünschen, aus irgendwelchen Gründen eine Ratifizierung des Abkommens durch die westeuropäischen Staaten nicht gleichzeitig erfolgen sollte.

In der Tat, in diesem Winter ist das Bild über die Arbeitszeit in Deutschland sehr günstig geworden. Über zwei Millionen Arbeitnehmer haben überhaupt keine Arbeitszeit. Bei den Arbeitnehmern waren Ende Januar dieses Jahres 2 495 000 verfügbare Arbeitskräfte. Auf je 100 Mitglieder der Gewerkschaften entfielen 22,6 Kurzarbeiter, die zum großen Teil nur 24 Stunden in der Woche arbeiten, und in Rheinland-Westfalen gibt es tagelange und wochenlange Ferialschichten. Das hindert die Unternehmer nicht, durch Kündigung der Tarifverträge verlängerte Arbeitszeit zu fordern und bei den beschäftigten Arbeitern Überstunden durchzusetzen.

Wir wollen hier unerörtert lassen, wie viele von den im Januar 1925 geltenden Kollektivverträgen inzwischen gekündigt oder gar abgelaufen sind. Für die Praxis kommt es jedoch nicht auf die formale Festlegung der normalen Arbeitsdauer an, sondern auf die geleistete Arbeitszeit. Da scheint uns denn doch das Bild, das der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in London gab, zu rosig gefärbt. Ein zutreffendes Bild bieten die Erhebungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über die tatsächliche Arbeitszeit. In der Woche vom 3. bis 8. November 1924 arbeiteten von den durch die Ortsausschüsse des ADGB erfassten Arbeitern: unter 48 Stunden 97 249 Personen, 48 Stunden 973 568 Personen, über 48 bis zu 51 Stunden 157 523 Personen, über 51 bis 54 Stunden 662 631 Personen und über 54 Stunden 252 469 Personen.

Wir behalten uns vor, nach Veröffentlichung der in London bekanntgegebenen Ziffern darauf zurückzukommen. Bemerkenswert ist jedoch, dass der grundsätzliche Achtstundentag uns wenig nützt, solange er durch alle möglichen Ausnahmen durchlöchert ist. Dennoch sind wir mit Dr. Brauns darin einverstanden, dass der gesetzliche Achtstundentag in Deutschland herbeizuführen ist.

die Realhöhe dem Stande der Vorkriegszeit anzunähern. Trotzdem stehen in einer großen Anzahl Orte die Bauarbeiterlöhne immer noch weit unter dem Vorkriegsstande. Nichtsdestoweniger haben jetzt die Bauunternehmer

in fast allen Bezirken die Lohnabkommen gekündigt.

Die umfangreichen Kämpfe des vorigen Jahres haben dem Bauergewerksbund nicht den vollen Erfolg gebracht. Sie erforderten große Opfer. Besondere Kampfbeiträge waren notwendig, um den Großkampf nicht ergebnislos abzubrechen. Leider hat ein Teil der Mitglieder bei dieser besonderen Beitragserhebung verweigert, die noch vorhandenen Reserven werden aus dem Bunde entfernt werden müssen. Dieser Großkampf im Bauergewerbe, von größerem Umfange als der Bauarbeiterkampf im Jahre 1910, hat in die Bundestasse große Löcher gerissen. Dazu kam die starke Arbeitslosigkeit in diesem Winter, die dazu führte, die Erwerbslosenunterstützungssätze zu beschneiden und die Bezugszeit zu kürzen. Trotzdem wird der Bauergewerksbund wieder steigen, er muss es, wenn er seine Zukunftsaufgaben erfüllen soll. Der Mitgliederstand des Bundes ist infolge der schlechten Bauaktivität nicht befriedigend. Am Schlusse des Jahres 1923 zählte der Bauergewerksbund 342 000 Mitglieder; dieser Mitgliederstand wird sich erfahrungsgemäß zum Sommer noch mehr steigern. Mit dem kommunistischen Verbände der ausgeschlossenen Bauarbeiter ist wegen dessen Uebertritts zum Bauergewerksbunde verhandelt worden. Der Vorstand und der Beirat des Bundes hielten dabei fest an dem Beschlusse des ordentlichen Bundestages, wonach bei Wiedereintritt in den Bauergewerksbund wohl die frühere Mitgliedschaft im Bunde oder einem seiner Vorgänger nicht aber die Mitgliedschaft im Ausschlossenenverband bei Uebertritt anzuerkennen ist. Der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter hat sich beschließen, sich aufzulösen, ein größerer Teil der Beggelaufenen ist bereits wieder aufgenommen worden. Redner berichtet über einen abgeschlossenen Gegenseitigkeitsvertrag mit der Tschechoslowakei. Dort ist die Bauarbeiterbewegung infolge kommunistischer Umtriebe maßlos zersplittert, jedoch hat der kommunistische Bauarbeiterverband der Tschechoslowakei mit den Kommunisten so bittere Erfahrungen gemacht, dass heute Hoffnung auf eine Wiedervereinigung der Bauarbeiter in der Tschechoslowakei besteht. Internationale Abkommen sind getroffen, um den vom Faschismus gebrachten italienischen Bauarbeitern zu helfen. Der Breslauer Gewerkschaftskongress habe

in der Frage der Industriearbeitsorganisation

nicht voll befriedigt. Wir erwarten jedoch vom Vorstand des ADGB, dass er in der Richtung der in Breslau vorgenommenen Entschlüsse nunmehr auch zugunsten der Schaffung eines vollkommenen Bauergewerksbundes wirken wird.

Der Vorstand des ADGB unterstützt die Bestrebungen, die Porzellanarbeiter und Glasarbeiter zum Fabrikarbeiterverband überzuführen, die Fachgruppe der Töpfer

in unserem Bunde wird später zu entscheiden haben, ob sie — soweit sie nicht für den Bau arbeiten — gleichfalls dem Fabrikarbeiterverband beitreten will. Wir werden aber auch unsere Ansprache auf die Arbeiter in der Sandstein- und Zementindustrie annehmen müssen und erwarten dabei die Mithilfe des Vorstandes vom ADGB. Wichtiges hat dieser Bundestag zu beschließen. Er muß entscheiden, ob die Bauarbeiter gewillt sind, Neuerungen zu schaffen, die den Bauergewerksbund stark und lebenskräftig machen. (Sehhafter Beifall.)

Hierauf referierte der zweite Vorsitzende des Bauergewerksbundes, Nikolaus Bernhardt, über den Reichstarifvertrag und die Schwebemovungen. Darüber werden wir in der Morgenausgabe berichten.

„Zur Betriebsperre bei Hügelmann“ erklärte Herr Josef Braeme, Remeler Str. 80, dass er seit etwa vier Wochen keine Fleischwaren von der Firma Hügelmann bezieht. Er habe in dem Betriebe zwei Jahre als Geselle gearbeitet und ohne dass ihm in dieser Zeit die gerügten Mängel nicht begegnet. Hieran teilt uns der Zentralverband der Fleischer mit: Richtig ist, dass G. zurzeit keine Waren mehr von H. bezieht, unrichtig, dass damals, als er als Geselle bei Hügelmann arbeitete, die gerügten Mängel nicht vorhanden waren. Gerade Braeme war es, der ständig zur Organisation gelaufen kam und sich über außerordentlich lange Arbeitszeit, nämlich bis über 18 Stunden, bewahrte. G. wurde dann später in einer Betriebsberatung als Arbeiterratstandidat vorgeschlagen. Die Wahl wurde jedoch von der Firma durch Massenentlassungen unmöglich gemacht. G. hat sich dann so gewandt, dass er mit Hilfe der Firma sein heutiges Geschäft in der Remeler Straße eröffnen konnte.

Aufgehobene Sperre. Die Differenzen zwischen dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten und dem Gewerkschaftsbund Hoppe, Kottbuser Damm 22 (Berliner Rindl), sind beigelegt. Die Sperre ist somit aufgehoben.

Aus der Partei.

Außerordentlicher Bulgarischer Parteitag.

Am 7. und 8. März tagte in Sofia ein außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei. Er wurde einberufen, um in der Frage des Ausschlusses von zwei Mitgliedern endgültig Klarheit zu schaffen: Asson Jantoff, der Bruder des früheren Ministerpräsidenten, und D. Kasassoff, der in das erste Ministerium Jantoff, nachdem er an dessen Staatsstreich vom 9. Juni 1923 persönlich teilgenommen, eingetreten war. Als die Sozialdemokratische Partei infolge des immer deutlicher werdenden reaktionären Charakters des Jantoff'schen Regimes im Februar 1924 beschloß, aus der Regierung auszutreten und eine oppositionelle Haltung zu beziehen, machten auch Kasassoff und Asson Jantoff diese politische Wendung mit, es blieb aber immer ein Gegensatz zwischen der großen Mehrheit der Partei und ihnen bestehen. Dieser Gegensatz hat sich in den Kämpfen um Jantoffs Sturz deutlicher ausgeprägt und erreichte den Höhepunkt, als Kasassoff eine Broschüre herausgab, in welcher er sich in Lobeserhebungen für den Staatsstreich vom 9. Juni 1923 erging und besonders die Verdienste Jantoffs und des Militärs hervorhob. In derselben Broschüre erhob Kasassoff gegen viele bekannte Parteigenossen persönlich gehässige Beschuldigungen, weil diese durch ihr entschlossenes Verhalten die Partei von jeder Beteiligung und Verantwortlichkeit an der Tätigkeit des Kabinetts Jantoff befreiten. In zwei Broschüren antwortete die Partei und daran knüpfte sich selbstverständlich weitere Diskussionen, in denen nun nochmals die Beteiligung Kasassoffs an dem Jantoff'schen Staatsstreich, die ohne Wissen der Partei erfolgt war, eingehend erörtert wurde. Der Parteitag hat nun den Ausschluß Kasassoffs und Asson Jantoffs beschlossen.

Badischer Landesparteitag. Der Landesvorstand unserer Partei in Baden beruft den jälligen, ordentlichen Landesparteitag zum 29. und 30. Mai nach Freiburg ein. Neben dem Geschäftsbericht und der Neuwahl des Vorstandes steht auf der Tagesordnung die Schaffung eines neuen Organisationsstatuts, die Aufstellung von Richtlinien für die Kommunalpolitik, der Bericht der Landtagsfraktion, sowie ein Bericht über die Reichspolitik.

Die holländische Sozialdemokratie berichtet dem Rotterdamer Parteitag über einen erfreulichen Aufstieg. Am 31. Dezember 1925 zählte die holländische Partei 41 221 Mitglieder, darunter 30 883 Männer und 10 338 Frauen. Ein großer Erfolg waren die Juliwahlen. Während noch im Jahre 1918 nur 296 000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben wurden, stieg die Stimmenzahl der Partei bei den Wahlen 1922 auf 567 700 und im Juli 1925 auf 706 700 — ein Viertel aller abgegebenen Stimmen.

Eugen V. Debs, der große Vorkämpfer der amerikanischen Arbeiterbewegung, der während des Weltkriegs gegen den Eintritt Amerikas in den Krieg kämpfte, war dafür am 12. September 1918 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Gleichzeitig wurde ihm auch das amerikanische Staatsbürgerrecht aberkannt. Nach mehr als zweieinhalb Jahren Gefängnis wurde er Weihnachten 1921 vom Präsidenten Harding amnestiert, aber sein Staatsbürgerrecht erlangte er nicht wieder. Der sozialistische Abg. Victor L. Berger brachte nun im Kongress einen Antrag ein, Debs die Staatsbürgerchaft wieder zuzuerkennen. Die Begründung weist daraufhin, dass Debs viermal der sozialistische Präsidentschaftskandidat gewesen ist und daß in keinem anderen Lande der Welt eine derartige Strafe aus kriegsgegnerrischer Propaganda gesetzt sei. „Es ist lediglich eine Schande für das Land und nicht für Debs, wenn diesem sein Staatsbürgerrecht geraubt bleibt.“ Debs selbst führt gleichzeitig einen erbitterten Kampf um die Amnestierung Anita Whitney, die wegen eines Verstoßes gegen das berüchtigte „criminal syndicalism law“ zu mehrjähriger Kerkerstrafe verurteilt wurde, ohne daß jedoch ihre Richter es bis jetzt gewagt hätten, die Inhaftierung Anita Whitney's anzuordnen.

Verantwortlich für Politik: Nikolaus Bernhardt; Wirtschaft: Walter Götter; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Götter; Redaktion: Dr. John Schmalz; Verlags- und Buchhändler: Reichsdruckerei; Anzeigen: Ed. Götter; Druck: Reichsdruckerei; Berlin: Reichsdruckerei; Berlin: Reichsdruckerei.

Bundestag des Bauergewerksbundes.

Berlin, den 16. März 1926.

Am Plenarsaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrates trat am Montag der außerordentliche Bundestag des Deutschen Bauergewerksbundes zu wichtigen Beratungen zusammen. Der Vorstand und der Beirat des Bauergewerksbundes hatten diesen Bundestag einberufen, um einen Meinungsaustausch herbeizuführen über die nunmehr vorläufig abgeschlossenen Reichstarifverträge, Verhandlungen im Bauergewerbe, zu beurteilen, was bisher geschehen, und Richtlinien für die spätere Taktik festzusetzen. Besonders gilt es auch, Beschlüsse zu fassen, um diese Taktik zu stützen und auf dem Gebiet des Unterstützungswesens Neuregelungen zu treffen, die den Bauergewerksbund auf ein feste Grundlage stellen sollen.

Ramens der Bauergewerkschaft Berlin begrüßte deren Vorsitzender Dr. Brüggemann den Bundestag, er wünschte der Tagung vollen Erfolg. Nach ihm begrüßte der Bundesvorsitzende Fritz Baepfow den Bundestag und dessen Gäste. Vom Vorstand des ADGB ist Genosse Belpart anwesend, vom Malerverband Streine, vom Zimmererverband Schumann, vom Dachdeckerverband Thomas, vom Verband der Maschinisten und Heizer Walling; außerdem sind Vertreter des A.F.A.-Bundes und des Futab anwesend. Mit der Leitung des Bundestages werden beauftragt Baepfow, Töpfer und Silberstein. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ein Antrag aus Delitzsch, den Bundestag zu verlagern und Remothen auszuscheiden, unter Heiterkeit einstimmig durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sind zwei Referenten vorgeföhren. Zunächst berichtet über den Stand des Bundes der Bundesvorsitzende Baepfow. Auf dem ordentlichen Bundestag 1924 zu Hamburg waren Anzeichen vorhanden, die auf eine Besserung der wirtschaftlichen Zustände hoffen ließen. Wir haben uns getäuscht. Eine nie in solchem Umfange gefamnte Wirtschaftskrise durchzittert Deutschland, auch die Bauwirtschaft liegt zurzeit trotz glänzender Witterung darnieder. Seit Monaten sind von den Mitgliedern des Bauergewerksbundes

über 40 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos.

Auch in den nächsten Monaten werden wir noch mit starker Arbeitslosigkeit rechnen müssen. Die vom Reichsarbeitsminister beabsichtigte Zustandsanleihe zu Bauzwecken ist gescheitert. Man verliert jetzt auf andere Weise einige hundert Millionen Mark für Bauzwecke nutzlos zu machen; der instanzmäßige Weg, den solche Vorhaben durchzuführen haben, dürfte dazu führen, daß die Bautätigkeit erst Anfang Juni einigermaßen in Gang kommen würde. Auch im übrigen steht es auf dem Wirtschaftsmarkt trübe aus. Die Unternehmer fordern höhere Arbeitsleistung, Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung. Die Arbeitsleistung ist gegenüber der Vorkriegszeit geringen. Die Stundenlöhne waren im Winter 1923/24 sehr tief gefallen. Erst im Jahre 1925 ist es dem Bauergewerksbund gelungen,

HUNDE
Katzen, Papageien und alle Haustiere werden behandelt.
Tierärztliche Poliklinik
Chausseestraße 93
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr

A. Behelm - Schwarzbachs
Kaufmännische Privatschule
(Hh. F. Eggert)
Neukölln, Anmeldung, Ganhoferstr. 1
und Berliner Str. 32 (Privatwohnung)
Beginn neuer 1/2-jähriger und 1-jähriger Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1043

Gänsefedern
mit allen Daunen zum Selbst Erlaufen
Plusz 3.- M. tüllfertige Konkurrenzlos
billig. Preisliste frei.
W. Barowick, Bettfederverband
Neu-Trebbin 34 (Oderbruch).

Lansitzer Platz 16
Nähe Görnitzer Bahnhof.
Pumpen-
und Wasser-
schlauch-Vertrieb

Sofa
Ruhgarnituren
Ruhbetten, Wohn-
betten, Metallbetten,
Küchengeräte
billig aus eig.
Werkt. Au'arbeitung
nach Maß
Lichterfeld, Neukölln
Görnitzer 29.

Mieten Sie
von uns

Waschmaschine
in 6 Monaten
Ihr Eigentum
auf Wunsch auch
auf Ratenzahlung
p. Raddatz & Co.
Berlin W. 66, Leipzigerstr. 122-123.
Besonders billigt
zu „Jupha“ und anderen Marken


URANIA
Monatshefte für
Na urerkenntnis und
Gesellschaftslehre
Gratis-Prospekte durch d. Annehmst.
und die Botenhäuser des Vorwärts

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N24, Eisässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher: Norden 6525 u. 6526 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzbur 5834
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfanges
zu kulanten Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
— 54-56 u. 58-60 St. auf Layer —
Preisliste gratis
Ges. geschützt **Hermann Wiese, Berlin** N 24, Artilleriestr. 30
W, Passauer Straße 12
14 Verkaufswerte 60 v. u. für gelieferte Menge innerhalb eines Jahres zum vollen Preise zurückzugeben.